

Essener Erklärung

zum Angriffskrieg gegen die Ukraine

FRIEDEN UND FREIHEIT FÜR DIE UKRAINE

Wladimir Putin hat die Nachkriegs- und Friedensordnung Europas mit einem Angriffskrieg gegen die Ukraine zerstört. Doch dieser Angriffskrieg zielt nicht nur gegen die Ukraine, sondern gegen die Demokratie und Friedensordnung in Europa insgesamt. Denn die wirkliche Bedrohung für Putin geht nicht von der NATO, sondern von der Demokratiebewegung in Osteuropa aus. Unsere Solidarität und Unterstützung gelten dem ukrainischen Volk, das sich der russischen Aggression mit einigem Erfolg entgegenstellt. Darüber hinaus begrüßen wir ausdrücklich die große Hilfsbereitschaft der Menschen in Nordrhein-Westfalen, die sich aktuell in der Aufnahme vieler ukrainischer Flüchtlinge zeigt und unterstützen die Landesregierung bei ihren Vorhaben, die Unterbringung und Versorgung dieser Flüchtlinge unbürokratisch zu organisieren.

Gleichzeitig heben wir hervor: Dieser Krieg ist Putins Krieg. Wir zeigen uns daher in gleicher Weise solidarisch mit allen Russen, die sich der Regierung Putins mutig und unter Inkaufnahme politischer Verfolgung entgegenstellen. Unser größter Wunsch für die junge Generation in Russland bleibt, dass sie sich von dem Kriegsverbrecher Putin befreien kann.

Die Junge Union verurteilt den Angriffskrieg gegen die Ukraine auf das Schärfste und zeigt sich solidarisch mit der Ukraine. Doch Solidaritätsbekundungen allein reichen nicht aus. Zwar muss ein Waffenstillstand das oberste Ziel aller Beteiligten sein. Dieser darf aber nicht auf Kosten der territorialen und/ oder politischen Existenz der Ukraine und dessen frei gewählter Regierung gehen. Die Bundesregierung muss daher gemeinsam mit den Europäischen Partnern weitere Waffensysteme zeitnah in die Ukraine verbringen sowie wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten und verschärfen, um mit großem ökonomischen und militärischen Druck gegenüber Russland die Verhandlungsposition der Ukraine zu verbessern.

„ZEITENWENDE“ FÜR DIE DEUTSCHE POLITIK?

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 verkündeten Maßnahmen zur Stärkung der Bundeswehr sind in der Sache richtig und verdienen Unterstützung der

Opposition. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie die Ausgestaltung dieser Ankündigung konkret von statten geht. Die Union kann Maßnahmen nur zustimmen, wenn feststeht, dass die Gelder ausschließlich der militärischen Ausrüstung der Bundeswehr zu Gute kommen und nicht, wie von Vertretern der SPD und Grünen bereits gefordert, in andere Projekte fließen, die – wenn überhaupt – nur einen mittelbaren Bezug zur Bundeswehr aufweisen.

Die von Bundeskanzler Scholz benannte „Zeitenwende“ darf nicht von politischen und strategischen Versäumnissen der deutschen Politik in den letzten Jahren ablenken. Denn für eine allzu gutgläubige Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik gab es auch vor dem Krieg in der Ukraine keinen Anlass. Dennoch ist es spätestens jetzt an der Zeit, selbstkritisch eine Bestandsaufnahme in diesen Politikfeldern durchzuführen. Dies gilt nicht nur für die Regierungskoalition, sondern auch für die Union. Ziel muss es sein, wieder mittel- und langfristige Lösungsansätze zu entwickeln.

Als Leitlinien für die Union müssen in der Außenpolitik die Westbindung und in der Verteidigungspolitik die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr dienen. In der Energiepolitik müssen neben dem Ziel der Klimaneutralität wieder die Ziele der Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und strategischen Unabhängigkeit in den Fokus rücken. Kurzfristig gilt es zudem, die drastische Erhöhung der Energiepreise durch eine Senkung der Mineralöl- und der Mehrwertsteuer abzufedern.